

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Europa und Internationales

**zu der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa
vom 10. Juli 2019**

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 10. Juli 2019
– Drucksache 16/6576 – Kenntnis zu nehmen.

09. 10. 2019

Die Berichterstatterin:

Der Vorsitzende:

Dorothea Wehinger

Willi Stächele

Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales beriet öffentlich die Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa, Drucksache 16/6576, in seiner 30. Sitzung am 9. Oktober 2019.

Vorsitzender Willi Stächele wies darauf hin, die Mitteilung Drucksache 16/6576 werde am 17. Oktober 2019 in der 101. Sitzung des Landtags von Baden-Württemberg nochmals beraten.

Abg. Peter Hofelich SPD fragte, ob es aktuelle Informationen über den mittelfristigen Finanzrahmen gebe. Alle hätten gehofft, dass dieser noch unter der alten Kommission verabschiedet werde.

Minister Guido Wolf erläuterte, Anfang der Woche habe er in Brüssel u. a. auch mit dem derzeitigen Kabinettschef der künftigen Präsidentin über diesen Punkt sprechen können. Es gebe nach wie vor eine letzte Hoffnung, den mittelfristigen Finanzrahmen noch im November dieses Jahres ins Ziel zu bringen, wobei er nicht bewerten könne, wie realistisch das sei. Seines Erachtens stünden die Chancen 50 : 50. Der aktuelle Haushaltskommissar bemühe sich aktiv darum, dass der Haushalt noch dieses Jahr verabschiedet werde. Das Ziel, hier zu einem zeitnahen, verlässlichen Haushalt zu kommen, sei erkennbar.

Derzeit sei in Brüssel alles im Umbruch. Die Anhörungen der Kommissionskandidatinnen und -kandidaten seien in vollem Gange. Der Kandidat Polens habe gestern in der zweiten Runde grünes Licht vom Europäischen Parlament erhalten. Alle Augen richteten sich nun auf den morgigen Donnerstag, an dem die zweite Anhörung der französischen Kandidatin stattfinde. Es dürfte die große Überraschung in der derzeitigen Kandidatenlage sein, dass nicht auszuschließen sei, dass das Parlament die französische Kandidatin morgen final ablehne. Das wäre ein politischer Paukenschlag, für den es unterschiedliche Motive gebe. Wie ihm versichert worden sei, lägen sie ganz entscheidend in der Person der Kandidatin selbst. Es sei aber auch nicht auszuschließen, dass das Parlament mit dieser Ablehnung auch ein Exempel statuieren wolle, um noch einmal der Verärgerung darüber, dass Macron das Spitzenkandidatenprinzip zerschlagen habe, Ausdruck zu verleihen. Doch gebe es offenbar auch Gründe in der Person und in deren Auftritt.

Nachdem die Kandidaten von Rumänien und Ungarn abgelehnt worden seien, entscheide die künftige Präsidentin derzeit, ob sie den Nachnominierungen zustimme oder nicht.

Ansonsten werde, wie ihm berichtet worden sei, davon ausgegangen, dass mit weiteren Überraschungen nicht zu rechnen sei, sodass es Stand heute durchaus möglich sei, dass die neue Kommission ihr Amt zum 1. November 2019 antrete. Aber auch das sei mit letzten Fragezeichen behaftet. Insbesondere wenn die französische Kandidatin abgelehnt werde, sei nicht bekannt, welche Lawine das mit Blick auf weitere Vorstellungen von Bewerberinnen und Bewerbern auslöse. Insgesamt entstehe aber der Eindruck, dass Brüssel gut unterwegs sei. Die Chance, dass der Haushalt in diesem Jahr noch verabschiedet werde, sei ein Stück weit gegeben.

Sollte dies nicht gelingen, müsste der Haushalt im ersten Halbjahr des kommenden Jahres verabschiedet werden. Das wäre zwingend, um in der Fortsetzung des aktuellen Finanzrahmens Planungssicherheit zu erhalten, damit die Situation mangelnder Planbarkeit und Kalkulierbarkeit, die Günther Oettinger immer wieder als Befürchtung vorgebracht habe, nicht eintrete.

Hinsichtlich des Beitrags sei bisweilen die Sorge geäußert worden, dass es für Deutschland teuer werden könnte, wenn der neue Haushalt erst in der zweiten Jahreshälfte des nächsten Jahres, also während der deutschen Ratspräsidentschaft, beschlossen werde. Das sei jedoch dadurch entkräftet, da inzwischen mehrere Länder ihre Obergrenze von 1,0 bereits final definiert hätten. Am Schluss werde es also nicht allein auf Deutschland ankommen.

Abg. Josef Frey GRÜNE betonte, es sei wichtig, dass sich die Landesregierung klar gegen die von der EdF für Fessenheim vorgebrachte Projektidee eines Technocentres, in dem Großkomponenten aus rückzubauenden Atomkraftwerken aus ganz Europa dekontaminiert werden sollten, positioniere. Die Haltung der Landesregierung sei unterstützenswert. Für ein derartiges Technocentre gebe es weder einen wirtschaftlichen Bedarf, noch verbessere es die Situation für die Grenzregion, in der künftig vor allem im Bereich der erneuerbaren Energien zusammengearbeitet werden sollte.

Er hoffe, dass das Wirtschaftsministerium entsprechend aktiv sei und daran arbeite, Alternativen für die Gestaltung und Nutzung des Gewerbegebiets anzubieten. Dadurch wäre ein Vorschlag wie das jetzt in Rede stehende Technocentre hinfällig.

Abg. Daniel Karrais FDP/DVP brachte vor, die FDP/DVP-Fraktion begrüße mitnichten, dass die Landesregierung die Bestrebungen hinsichtlich eines Technocentres zurückweise. Er halte es vielmehr für ein fatales Signal, dass Deutschland bzw. Baden-Württemberg, die den Ausstieg aus der Kernenergie vorantrieben, dem Nachbarn eine Absage erteilten, wenn dieser auf einem Gelände, auf dem ein Atomkraftwerk stillgelegt werden solle, ein Rückbauzentrum einrichten wolle. Das passe nicht mit der Positionierung zusammen. Nur weil dieses Technocentre in der Grenzregion zu Deutschland liege, könne es nicht abgelehnt werden. Das sei eine „Not in my Backyard“-Mentalität.

Fakt sei: Die Komponenten müssten irgendwo abgebaut werden. Dies in Fessenheim zu tun wäre eine Möglichkeit.

Ohne förmliche Abstimmung empfahl der Ausschuss dem Plenum, von der Mitteilung Drucksache 16/6576 Kenntnis zu nehmen.

11. 10. 2019

Wehinger